M5.6 DIE FRAUENBEWEGUNG IN DER BRD

Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Seit 1945 nahm die Anzahl der arbeitstätigen Frauen stetig zu. Insbesondere in akademischen Berufen wurden mehr und mehr Frauen beschäftigt. Doch trotz gleicher Arbeit verdienten Frauen weniger als Männer. Außerdem trugen sie die Mehrfachbelastung aus Berufstätigkeit, Hausarbeit und Kindererziehung. Männer hatten sowohl im Beruf als auch in der Familie das Sagen. Diese Ungerechtigkeit wurde im Zuge der Student*innenbewegung immer stärker wahrgenommen, und nicht mehr stillschweigend hingenommen.

Zwei Ereignisse gelten als Auslöser der neuen bundesweiten Frauenbewegung: Sigrid Rüger bewarf den Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds 1968 mit Tomaten, als dieser es bei einer Versammlung ablehnte, die Belange des ‚Aktionsrates zur Befreiung der Frau‘ zu diskutieren. Eine zweite Aktion, die große Aufmerksamkeit nach sich zog, war die Kampagne ‚Ich habe abgetrieben‘. In einer Wochenzeitung machten 1971 374 Frauen, darunter viel Prominenz, öffentlich, abgetrieben zu haben. Das Projekt richtete sich gegen den § 218 des Strafgesetzbuches, der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte. Die Frauenbewegung organisierte sich. 1972 wurde in Frankfurt der Bundesfrauenkongress abgehalten. Etwa 400 Mitstreiterinnen tauschten sich aus. Im Laufe der 1970er-Jahre entstanden mehr und mehr Frauengruppen, die sich für mehr Rechte und Teilhabe einsetzten, beispielsweise 1973 das Berliner Frauenzentrum. 1981 erkämpften die ‚Heinze-Frauen‘ vor dem Bundesarbeitsgericht ein Urteil, das Frauen die gleiche Bezahlung wie Männern zusicherte. Auch Themen wie häusliche Gewalt oder Bezahlung für Hausarbeit wurden diskutiert.

In den 1980er-Jahren wurde die Frauenbewegung, die bis dahin weitgehend durch Aktivistinnen getragen worden war, institutionalisiert: Feministische Belange bekamen eigene Organisationen, die der Staat finanziell unterstützte. Es entstanden erste Professuren für Frauenforschung, die Grünen hatten ein feministisches Parteiprogramm und Rita Süßmuth (CDU) wurde 1986 Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Text nach: Hertrampf, Susanne: Ein Tomatenwurf und seine Folgen. Eine neue Welle des Frauenprotests in der BRD. Online unter: BPB (Hrsg.): <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35287/ein-tomatenwurf-und-seine-folgen/> [28.08.2023].